



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ* V – Beratung in allen Lebenslagen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. in staatlich geförderten Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und deren Familien (Erziehungsberatungsstellen – EBS) durch verpflichtende Weiterbildungsmaßnahmen eine Grundkompetenz in der Erstberatung bei LSBTIQ*-Themen aufzubauen, auch online und anonym. Einen Schwerpunkt soll neben der Vermittlung an Fachstellen insbesondere die Elternarbeit bilden.
2. in jedem Regierungsbezirk mindestens eine leistungsstarke Beratungsstelle angedockt an der queeren Community aufzubauen, damit queere Menschen und Regenbogenfamilien – insbesondere in ländlichen Regionen – schnellen und einfachen Zugang zu Beratungsangeboten vorfinden.
3. weitere, spezifische Verbesserungsmaßnahmen mit Fachstellen aus dem Bereich queerer Beratung zu eruieren und mit den oben genannten Punkten in einen Bayerischen Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ* zu überführen.

Begründung:

7,4 Prozent der Menschen in Bayern, rund 1 Mio. Bürgerinnen und Bürger, sind einer Studie nach der LSBTIQ* Community zugehörig. Sie sind nicht-heterosexuell und/oder nicht cis-geschlechtlich und/oder inter* bzw. nichtbinär.

Aufgrund der zunehmenden Offenheit innerhalb der Gesellschaft sowie einer größeren Sichtbarkeit von queeren Vorbildern im Alltag und in den Medien trauen sich immer mehr queere Menschen, zu ihrer geschlechtlichen Identität und/oder sexuellen Orientierung zu stehen. Trotzdem sind sie nach wie vor weit häufiger als der Durchschnitt mit Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt konfrontiert. Umso wichtiger ist es, ein staatlich gefördertes, umfassendes, niederschwelliges und barrierefreies Beratungsangebot für queere Menschen zu schaffen, an das diese sich bei Fragen und Problemen wenden können.

Aktuell konzentriert sich das Beratungsangebot für LSBTIQ*-Personen in Bayern vor allem auf die Großstädte. Die Mehrheit der Menschen in Bayern lebt allerdings nicht in Großstädten, sondern in ländlichen Regionen, in denen sie oft weder eine kommunal geförderte LSBTIQ*-Beratungsinfrastruktur noch sonstige unterstützende Anlaufstellen vorfinden. Vor allem für Kinder und Jugendliche, die in ihren Familien nicht geoutet sind oder auf anderweitige Vorurteile und Ablehnung stoßen und die nicht über die nötigen finanziellen Mittel sowie die Zeit verfügen, regelmäßig in Großstädte zu fahren, sind gut erreichbare Angebote vor Ort oder online von enormer Wichtigkeit und können sogar

Leben retten: Die Suizidrate unter jugendlichen trans* Personen ist fast sechsmal so hoch wie der Durchschnitt. Bei bi- und homosexuellen Jugendlichen ist sie fast viermal so hoch.

Um LSBTIQ*-Jugendliche bei diversen Problemen kompetent und sachkundig beraten und unterstützen zu können, braucht es aber nicht nur ein strukturelles Angebot, sondern vor allem explizit für diesen Fachbereich geschultes Personal.

Die EBS bilden bereits ein breites Netzwerk in ganz Bayern. Mit ihrer flächendeckenden Präsenz können sie einen wichtigen Beitrag zur Erstberatung leisten und insbesondere im Bereich der Elternarbeit eine Lücke schließen. Eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Ludwig Hartmann aus dem Jahr 2018 zeigte allerdings deutlich auf, dass queere Beratung in den 180 bayerischen EBS trotz ihres umfassenden Auftrags bisher nur eine rudimentäre Rolle spielt. Es besteht daher der Bedarf, Erziehungsberatungsstellen, gerade auch unter kirchlicher Trägerschaft, für die queere Community zu öffnen. Verpflichtende und ausreichend verfügbare Weiterbildungsangebote sind dafür ein wichtiger Schritt. Die bestehende Fachkräftefortbildung durch das queere Netzwerk Bayern müsste dafür deutlich ausgebaut werden.

Das Familienbild in Deutschland hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Patchwork-Familien, Regenbogenfamilien und andere Verantwortungsgemeinschaften sind keine Randerscheinungen mehr und benötigen daher kompetente Beratungsstellen und geschultes Fachpersonal, das sie auf ihrem Weg zur Familiengründung begleitet und über Rechte informiert – und das nicht nur in Städten, sondern auch auf dem Land.